

AKTUELLE CHRONIK

Januar bis März 1992

Zusammengestellt von Günter Schucher

ASIEN

* Der Zusammenbruch der SU und die Entstehung der GUS hat große Auswirkungen auf Asien. Es entstehen 5 neue zentralasiatische Staaten: Usbekistan, Tadshikistan, Kyrgyztan, Kasachstan und Turkmenistan. Pakistan bemüht sich um einen Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den islamischen Staaten; der afghan. Vizepräs. Hafez trifft am *11. Febr.* zu Gesprächen in Kasachstan ein; der Präs. Kasachstans wählt Südasien als Ziel seiner ersten Auslandsreise und unterzeichnet in Indien am *21./22. Febr.* und in Pakistan am *23. Febr.* verschiedene Kooperationsabkommen. Der Präs. Kyrgyztans besucht Indien am *17.-19. März.*

In Teheran endet am *17. Febr.* der erste Gipfel der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECO), in die die 5 muslimischen Republiken Aserbaidshan, Turkmenistan, Usbekistan, Tadshikistan und Kyrgystan aufgenommen wurden. Die ECO ist die größte Einzelorganisation muslimischer Regionalstaaten und wurde 1964 vom Iran, der Türkei und Pakistan als Regionale Zusammenarbeit für Entwicklung (RCE) gegründet. Afghanistan strebt die Mitgliedschaft in der Organisation an. - Pakistans Präsident Ishaq Khan hatte schon am *19. Dez.* die Bildung eines "Islamischen Blocks" unter Einschluß Afghanistans und der mittelasiatischen Republiken der ehemaligen SU gefordert. In Washington warnte Senator Pressler vor der Entstehung eines solchen Blocks, da Pakistan in der Lage sei, Atomwaffen zu bauen. Pakistans AM Shaharyar Khan bestätigt diese Fähigkeit am *8. Febr.* in der *Washington Post*, erklärt aber anschließend, er sei falsch zitiert worden.

30. Dez.-10. Jan.: US-Präs. Bush besucht Australien, Singapur, Südkorea und Japan. Im Vordergrund stehen handelspolitische Fragen, besonders der Wunsch der USA nach vollständig offenen Märkten für amerikanische Waren und Dienstleistungen.

SÜDASIEN

21. Dez.: 6. SAARC-Gipfel in Colombo: Die verabschiedete Colombo-Deklaration sieht Schritte zur Handelsliberalisierung vor. Zur Umsetzung wird ein Unterausschuss eingerichtet, das erstmals am *14. Jan.* in Colombo zusammentritt. Am *3. Jan.* übernimmt Hussain Ibrahim Zaki von den Malediven den Posten des Generalsekretärs der SAARC; den Vorsitz hat Sri Lanka.

Afghanistan

27. Jan.: Nachdem sich Pakistan zur Unterstützung des UN-Friedensplans bereit erklärt, scheint das Haupthindernis für Friedensgespräche beseitigt. AM Wakil verspricht daraufhin verstärkte Friedensbemühungen seiner Regierung, die am

15.März den UN ihre Unterhändler benennt. Die Mujahedin bleiben ablehnend und warnen die neuen zentralasiatischen Staaten vor Kontakten mit der afgh. Regierung. Präs. Najibollah bietet am 18.März seinen Rücktritt zugunsten einer Übergangsregierung an.

Bangladesch

7.Jan.: Beginn der zweiten Runde der Grenzgespräche zwischen Bangladesch und Myanmar; das dritte Treffen findet am 28.Jan. statt. 25.000 Rohingya-Moslems aus der westburmesischen Provinz Arakan sollen bis Anf.Jan. nach Bangladesch geflohen sein; seitdem werden immer neue, stark schwankende Zahlen gemeldet; die Zahl der Flüchtlinge soll laut PM Khaleda Zia Anf.März bereits täglich um 5-10.000 steigen und soll am 16.März 170.000 erreicht haben. Ursache der Fluchtbewegung sind verstärkte Kampfhandlungen der burmesischen Armee in den von Minderheiten bewohnten Grenzgebieten. Die Bevölkerung Arakans wird auf 2,2 Mio., davon 1,4 Mio. Moslems geschätzt. Auch Thailand meldet Grenzverletzungen im Ergebnis einer Großoffensive gegen die Karen seit Mitte Febr.. Und auch Indien protestiert Ende Jan. gegen den Zustrom burmesischer Flüchtlinge ins Nagaland. Die Medien in Myanmar weisen die Berichte über das Vorgehen der Armee zurück und konzentriert zugleich mehr Truppen an den Grenzen zu Indien und Bangladesch.

Bhutan

16.Febr.: Gespräch zwischen Staatsminister im Ausw.Amt Schäfer als erstem offiziellen deutschem Besucher und AM Dawa Tsering in Thimphu.

Indien

19.Febr.: Die Kongreßpartei siegt bei Wahlen im Punjab in 12 von 13 Wahlkreisen und erhält 87 von 117 Parlamentssitzen. Aufgrund des Sikh-Boikotts nahmen nur ca. 25% der Wahlberechtigten teil. Die Bildung der neuen Regierung unter dem 70jährigen Sikh Beant Singh am 25.Febr. beendet eine knapp 5-jährige Direktverwaltung.

Nepal

31.Dez.: Umbildung des Kabinetts durch PM Koirala: Entlassung von 6 und Neueinsetzung von 13 Ministern. Die Entlassenen sollen Anhänger von Man Singh, Führer der Kongreßpartei, gewesen sein, der die Regierung im Dez. scharf kritisiert hatte.

Pakistan

31.Dez.: Unterzeichnung eines Abkommens über Nuklearkooperation mit der VR China.

11.-12.Febr.: Demonstrationen zehntausender kaschmirischer Separatisten zur Grenze nach Indien werden von der Armee mit Waffengewalt gestoppt: Tote und Verletzte.

Sri Lanka

Anf. Jan.: Ausbruch schwerer Kämpfe zwischen Regierungstruppen und Tamilen nach zwei Monaten relativer Ruhe.

4. Jan.: AM Herath trifft in Neu Delhi ein, um an der 1. Sitzung der Gemeinsamen Indo-Srilankischen Kommission am *6.-7. Jan.* teilzunehmen: Erörtert werden u.a. die Repatriierung tamilischer Flüchtlinge und die Liberalisierung des bilateralen Handels

SÜDOSTASIEN

27.-28. Jan.: Die Regierungschefs der sechs ASEAN-Staaten sprechen sich zum Auftakt ihres Gipfeltreffens in Singapur für die Gründung einer Freihandelszone in Südostasien (AFTA) aus. Ihre Bildung wird in der "Singapur-Deklaration" gebilligt. Die AFTA soll innerhalb von 15 Jahren geschaffen werden. Ebenfalls beschlossen wird eine Ausweitung der regionalen sicherheitspolitischen Gespräche.

Indonesien

13. Jan.: Militärischer Führungswechsel in Ost-Timor als Folge des Massakers in Dili (12.11.91). Die Staatsministerin im Ausw. Amt, Seiler-Albring, erklärt im gleichen Tag in der deutschen Botschaft in Jakarta die Zufriedenheit Bonns mit dem Ost-Timor-Bericht der "Nationalen Untersuchungskommission". Am *27. Jan.* erklärt sich AM Ali Alatas zu Gesprächen mit Portugal über Ost-Timor unter UN-Schirmherrschaft bereit. Als Beauftragter der UN trifft am *10. Febr.* der kenianische Generalstaatsanwalt Waco zur Untersuchung der Vorgänge am 12.11.1991 in Indonesien ein. *Ende März* wird der Verzicht auf niederländische Entwicklungshilfe wg. der Kritik der Niederlande am Dili-Massaker bekanntgegeben.

Myanmar

8. Jan.: Laut "Befehl 1/92" des Staatsrats für die Wiederherstellung von Recht und Ordnung (SLORC) sind noch 68 politische Parteien zugelassen; nach weiteren 3 Erlassen sind bis *Mitte Febr.* 59 der 93 Parteien verboten, die sich im Mai 1990 an den Wahlen beteiligt haben.

Philippinen

27. Dez.: Einigung mit den USA über die Beendigung des Abzugs amerikanischer Truppen vom Flottenstützpunkt Subic bis zum 31.12.1992. Am *23. Febr.* beginnen die USA mit dem Abzug.

2. Jan.: Der frühere Verteidigungsminister Ramos gründet wg. seiner Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen im Mai eine eigene Partei ("Volksmachtpartei"). Imelda Marcos kündigt am *7. Jan.* ihre Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen an. Am *3. Febr.* gibt Senator Enrile den Kampf um die Präsidentschaft auf.

7.Febr.: Der 90tägige Wahlkampf wird offiziell eröffnet: über 70 Kandidaten bewerben sich für das Präsidentenamt.

Singapur

4.Jan.: Einigung über die Verlegung einer US-Marineeinheit (Kommandozentrale für den Nachschub der 7.Flotte) von den Philippinen nach Singapur.

Thailand

22.März: Parlamentswahlen. Die beiden militärnahen Parteien Samakki Tham und Chart Thai erhalten die meisten Sitze (79 bzw. 74 von insges. 360). Ihre Koalition mit drei anderen Parteien, die sich auf 195 Abgeordnete stützt, nominiert am 25.März den Geschäftsmann Narong Wongwan als MP. Ihm werden enge Verbindungen zum Militär nachgesagt.

Kambodscha

30.Dez.: Nachdem eine Tagung des Obersten Nationalrats (ONR) am 21.Dez. in Phnom Penh wg. blutiger Straßenproteste gegen Korruption in Regierungskreisen abgesagt werden mußte, tritt der ONR erstmals dort unter Vorsitz von Sihanouk und unter Beteiligung aller kambodschanischen Parteien sowie des Leiters der UN-Vorausmission (UNAMIC) zusammen: Die UN werden gebeten, sobald wie möglich Truppen der UN-Übergangsbehörde (UNTAC) entsenden. Der UN-Einsatz (*Ende März* sind 22.000 Soldaten eingetroffen) wird jedoch durch anhaltende Kämpfe verzögert.

4.Jan.: US-Präs. Bush gibt in Singapur die Aufhebung des knapp 17jährigen Handelsembargos gegen Kambodscha bekannt.

24.-26.Jan.: Offizieller Besuch von Vietnams AM Nguyen Manh Cam auf Einladung Prinz Sihanouks: Abkommen über Achtung der Souveränität.

21.März: MP Hun Sen fordert bei einem Treffen mit MP Miyazawa den Einsatz japanischer Truppen bei der UN-Mission in Kambodscha.

Vietnam

11.-19.Jan.: Gespräche mit Japan über eine möglichen Wiederaufnahme der Wirtschaftshilfe.

OSTASIEN

Japan

4.Febr.: Verteidigungsminister Miyashita kündigt Rüstungskürzungen an.

11.-13.Febr.: Besuch AM Genschers: Gespräche über verstärkte Hilfe an die GUS-Staaten; Japan strebt Beobachterstatus bei der KSZE an; vereinbart werden Konsultationen auf AM-Ebene zweimal jährlich.

Macao

3.Febr.: In Lissabon bekräftigt der chin. MP Li, daß Macaos System und Gesetzgebung nach dem Anschluß an die VRCh 1999 noch 50 Jahre unverändert bleiben.

Mongolei

1.Jan.: Der große Volkschural hat den Entwurf einer neuen Verfassung in erster Lesung angenommen. Mit ihrem Inkrafttreten am 12.Febr. ist auch die Umbenennung der "Volksrepublik" in "Staat Mongolei" gültig.

Nordkorea

7.Jan.: Nachdem Nordkorea offiziell auf eine atomare Wiederaufbereitungsanlage verzichtet und Atomanlagen-Inspektionen in beiden Koreas zustimmt, sagen die USA und Südkorea für 1992 das Manöver 'Team Spirit' ab.

30.Jan.: Unterzeichnung des nuklearen Kontroll-(Safeguard-) Abkommens mit der IAEA. Nach einem Bericht der *Washington Post* vom 23.Febr. verzögert die Regierung allerdings die internationale Inspektion der Atomanlagen, um Zeit für die Herstellung kernwaffenfähigen Plutoniums zu gewinnen. Die USA und Südkorea verlangen die Lösung der Atomfrage bis zur Juni-Tagung der IAEA. Mitte März einigen sich Nord- und Südkorea auf den 10.Juni als Endtermin einer Kontrolle ihrer Atomanlagen durch eine gemeinsame Kommission.

Südkorea

31.Dez.: Südkorea und China gewähren sich gegenseitig den Meistbegünstigungsstatus.

31.Dez.: Beide Koreas erzielen ein Abkommen über eine nuklearwaffenfreie Halbinsel. Es wird am 13.Jan. vom südkor. MP Chung unterzeichnet, der nordkoreanische MP Yon unterzeichnet am 14.Jan.. Gemeinsam mit einem "Abkommen über Versöhnung, Nichtangriff, Zusammenarbeit und Austausch" tritt das Entnuklearisierungs-Abkommen am 18.Febr. während der 6. hochrangigen innerkoreanischen Gesprächsrunde inkraft. Zuvor hatten Kim Ilsung und SP Roh die Dokumente persönlich ratifiziert.

24.März: Wahlen zur Nationalversammlung (299 Sitze); sie gelten als Test für die Präsidentschaftswahlen im Dezember. Die Demokratische Liberale Partei von Präs. Roh verfehlt unerwartet die Mehrheit um 1 Mandat (149). Die Demokratische Partei unter Kim Dae-jung verbessert sich von 63 auf 97 Sitze.

Taiwan

21.Dez.: Wahlen zur 2. Nationalversammlung. (s.u.)

Volksrepublik China

- 7.-21.Jan.: AM Qian zu Besuch in 6 afrikanischen Ländern (Mali, Guinea, Senegal, Elfenbeinküste, Ghana und Namibia). In der chinesischen 3.-Welt-Politik spielt Afrika auch weiterhin eine wichtige Rolle.
- 19.Jan.: Deng Xiaoping trifft zur Inspektion in Shenzhen ein und äußert sich anerkennend über die Erfolge der Sonderwirtschaftszone: ein deutliches Plädoyer für die Reform- und Öffnungspolitik.
- 22.-26.Jan.: AM Levi besucht als erster hochrangiger israelischer Regierungsvertreter China; er äußert sich zufrieden über seine Gespräche: Beide Seiten seien sich einig, Kontakte auf hoher Ebene aufzunehmen.
- 26.Jan.: MP Li Peng beginnt in Rom seinen ersten Besuch in einem westlichen Land seit dem 4.Juni 1989. Am 29.Jan. trifft Li in Bern ein. Weitere Stationen seiner Reise sind das Weltwirtschaftsforum in Davos (29.-30.Jan.), die Gipfelkonferenz des Weltsicherheitsrates (31.Jan.), Treffen mit US-Präs. Bush und dem indischen MP Rao in New York sowie Besuche in Portugal (2.-4.Febr.) und Spanien (5.-6.Febr.). In diesen Ländern entbrennt wegen des Empfangs von Li ein Streit um die Frage der Menschenrechte. Li ruft am 4.Febr. in Lissabon den Westen auf, sich nicht wegen ideologischer Differenzen von der Normalisierung der Beziehungen zu China abhalten zu lassen. Die Menschenrechte seien eine innere Angelegenheit, Unterschiede in den sozialen und politischen Systemen sollten nicht zu einem Hindernis werden. Zu den Folgen des Auseinanderbrechens der SU für China bemerkt Li in Davos, diese wiegen nicht so schwer, "wie einige Leute meinen".
- 11.-15.Febr.: Besuch AM Qians in Kambodscha und Vietnam: Thema ist das Pariser Friedensabkommen. Vietnam und China vereinbaren wirtschaftliche Zusammenarbeit und Visabefreiung für ihre Bürger.
- 23.-25.Febr.: Die parteiamtliche "Volkszeitung" veröffentlicht drei Kommentare, die sich prononciert für eine Intensivierung der Wirtschaftsreformen aussprechen: Es gebe keinen anderen Weg; China könne bei der Entwicklung seiner Wirtschaft auch von kapitalistischen Methoden profitieren. Der Initiator dieses erneuten Reformanlaufs ist Deng Xiaoping, dessen Linie am 12.März vom Politbüro in einer Erklärung unterstützt wird. Die Berichte von Planungschef Zou und Finanzmin. Wang an den Nationalen Volkskongreß beinhalten allerdings keine verstärkten Reformschritte, das Militär dagegen unterstützt den Kurs Dengs.
- 9.März: Formeller Beitritt zum Atomwaffen-Sperrvertrag.
- 10.-12.März: AM Qian besucht die BRD.

Taiwans erste freie nationale Wahlen

Am 21. Dezember 1991 wurde auf Taiwan eine neue Nationalversammlung gewählt. Es handelte sich dabei um die ersten wirklich freien nationalen Wahlen seit der Flucht der Kuomintang (KMT) und ihrer Anhänger 1949 auf die Insel. Erstmals nämlich mußten sich alle Abgeordneten dieses Gremiums, das den Präsidenten wählt und die Verfassung ändert, den Wählern stellen. Nach einem